

---

Presseinformation Nr. 428

---

3. Juni 2013

---

**MÜLLER:**  
**Mietpreisbremse für Neuvermietungen: Der Anfang vom Ende**

---

*BERLIN. Zu aktuellen Forderungen der Einführung einer Mietpreisbremse bei Neuvermietungen erklärt die Sprecherin für Stadtentwicklung und Obfrau im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der FDP-Bundestagsfraktion Petra MÜLLER:*

Eine Mietpreisbremse für Neuvermietungen ist keine Lösung für die anhaltende Steigerung der Mietpreise in vielen deutschen Großstädten. Selbst bei der Beschränkung auf besonders angespannte Wohnraumsituationen wird langfristig keine positive Wohnraumentwicklung erzielt. Die staatliche Begrenzung von Mieten wirkt kontraproduktiv. Sie verhindert die Schaffung neuen Wohnraums durch private Investoren und verschärft den Mangel. In Gebieten mit Wohnungsmangel muss die Schaffung neuen Wohnraums attraktiv bleiben. Auch Sanierungen müssen weiter attraktiv bleiben, um die Ziele der Energiewende zu erreichen. Immobilienpreise können in einer Marktwirtschaft nicht gedeckelt werden - für Neuvermietungen muss dasselbe gelten.

Die FDP-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb weiter für die Freiheit der Marktteilnehmer ein. Damit sich Angebot und Nachfrage treffen können, muss auch die Möglichkeit für Neubauten durch innerstädtische Verdichtung oder Nutzung von Konversionsflächen geschaffen werden. Um Neubau weiter zu fördern, setzt sich die FDP für die Wiedereinführung der degressiven Afa und die zweckgebundene Verwendung der sozialen Wohnraumförderung ein.

Verantwortlich:  
**Beatrix Brodkorb**

**Telefon**  
(030) 227-52388

**Fax**  
(030) 227-56778

**E-Mail**  
pressestelle@  
fdp-bundestag.de